

Gesundheit und Soziales

Sozial- und Verfahrensberatung

In den Erstaufnahmeeinrichtungen des Regierungspräsidiums Karlsruhe hat jeder Asylsuchende gemäß § 6 Abs. 2 S. 2 und 3 Flüchtlingsaufnahmegesetz Zugang zu unabhängiger Sozial- und Verfahrensberatung. Diese wird von gemeinnützigen Trägern wie der Caritas, der Diakonie, der Arbeiterwohlfahrt oder dem Freundeskreise Asyl angeboten, welche durch das Regierungspräsidium Karlsruhe gefördert werden. Zentrale Aufgabe der Sozial- und Verfahrensberatung ist die Identifizierung schutzbedürftiger Personen, eine umfassende Beratung der Asylsuchenden im Hinblick auf ihre Rechte und Mitwirkungspflichten im Asylverfahren und deren Unterstützung bei persönlichen oder sozialen Fragen und Problemen (z.B. Hilfe bei Krankheit, Schwangerschaft oder familiären Schwierigkeiten). Des Weiteren übernehmen die Träger auch Aufgaben im Bereich der Ehrenamtskoordination und betreiben Gemeinwesensarbeit.

Beratungsangebot der Stadt Mannheim

Gefördert durch das Regierungspräsidium Karlsruhe bietet die Stadt Mannheim für Asylsuchende aus den Erstaufnahmeunterkünften in Mannheim zielgruppenspezifische Beratungen zu den Themenbereichen "Arbeit", "Bildung", "Wohnen", "Gesundheit" und "Zusammenleben in Deutschland" an, koordiniert und unterstützt ehrenamtliche Angebote.

Erstorientierungskurse

Dieselben gemeinnützigen Träger, welche in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Regierungspräsidiums Karlsruhe die Sozial- und Verfahrensberatung betreiben, bieten dort auch über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderte Erstorientierungskurse an. Ziel der Erstorientierungskurse ist es, den ankommenden Asylsuchenden landeskundliches Grundwissen und hier gelebte Werte zu vermitteln, um bereits bei der Ankunft und unabhängig von der Verweildauer kulturellen Differenzen vorzubeugen. Die Kurse richten sich primär an Asylsuchende mit unklarer Bleibeperspektive.

Rechtsstaatsunterricht

Im Rahmen des vom Justizministerium Baden-Württemberg initiierten Projekts "Richtig.Ankommen.Rechtsstaatsunterricht für Flüchtlinge." bieten Richter und Staatsanwälte den Asylsuchenden, die zu einem großen Teil aus völlig anderen Kulturkreisen kommen, ein Unterrichtsangebot an, in dessen Rahmen sie die Grundlagen der Rechtsordnung in der Bundesrepublik Deutschland quasi "aus erster Hand" vermittelt bekommen können. Das Regierungspräsidium Karlsruhe kooperiert insoweit, je nach Unterkunftsort, mit den Landgerichten Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg.

Medizinische Versorgung

Das Regierungspräsidium Karlsruhe gewährleistet den untergebrachten Asylsuchenden eine medizinische Grundversorgung gemäß den §§ 4 und 6 Asylbewerberleistungsgesetz. In jeder größeren Erstaufnahmeeinrichtung gibt es vor Ort allgemeinärztliche, teilweise auch fachärztliche, Arztsprechstunden. Ist ein Arztbesuch bei niedergelassenen Ärzten außerhalb der Erstaufnahmeeinrichtung erforderlich, erhalten Asylsuchende entweder über das Betreiberpersonal oder über oder durch die in den Unterkünften tätigen medizinischen Versorger einen Behandlungsschein, auf dessen Grundlage die extern erbrachten Leistungen mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe abgerechnet werden können. Für werdende Mütter und Wöchnerinnen wird eine ausreichende Hebammenversorgung in den Erstaufnahmeeinrichtungen sichergestellt. Schwer kranke und pflegebedürftige Menschen, (Risiko-)Schwangere und Wöchnerinnen, können im speziell auf Menschen mit besonderem Schutzbedarf eingestellten DRK-Schutzraum Christian-Griesbach-Haus in Karlsruhe untergebracht werden.

Gewaltschutz

In Kooperation mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe haben die gemeinnützigen Träger Caritas Heidelberg, Caritas Karlsruhe und AWO Mannheim Gewaltschutzkoordinatoren-Stellen in Erstaufnahmeeinrichtungen in Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim eingerichtet, welche durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen der gemeinsam mit UNICEF ins Leben gerufenen Bundesinitiative zum "Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften" gefördert werden. Die Gewaltschutzkoordinatoren stellen einrichtungsbezogene Schutzkonzepte auf. Mit dem Ziel, die Sicherheit von Kindern, Frauen und Jugendlichen sowie anderen besonders schutzbedürftigen Personen in den Unterkünften zu verbessern, entwickeln und implementieren die Koordinatoren gemeinsam mit den Einrichtungsleitungen spezifische Schutzkonzepte und verfolgen ihre Umsetzung. Sie sind die zentralen Ansprechpersonen für alle Bewohner und Beschäftigte in den Einrichtungen und organisieren auch Schulungen für die in der Einrichtung tätigen Personen.

Religionsausübung

Asylsuchende haben das Recht ihre Religion frei auszuüben. Grundsätzlich finden in unseren Einrichtungen allerdings keine Gottesdienste statt und es gibt auch keine Gebetsräume, da staatlicherseits einerseits religiöse Neutralität zu wahren ist und es anderseits zahlreiche Möglichkeiten für die Inanspruchnahme externer religiöser Angebote bestehen.

Schulbesuch

Seit März 2017 gibt es in der Felsstraße 3 ein eigenes Schulangebot für die in den Karlsruher Erstaufnahmeunterkünften untergebrachten Kinder und Jugendlichen. Es handelt sich um ein Pilot-Projekt, welches in Kooperation des Kultusministeriums Baden-Württemberg, dem Regierungspräsidium Karlsruhe (Abteilung 7 und 9), des Sport- und Schulamts der Stadt Karlsruhe, des Staatlichen Schulamts Karlsruhe und der Grundschule Schillerschule Karlsruhe verwirklicht worden ist. Nach den Herbstferien 2017 wird dieses Angebot um eine weitere Schulklasse bei den Lernfreunden (Kinderhilfswerk UNESON gUG) ergänzt.

In der Erstaufnahmeunterkunft Benjamin-Franklin-Village betreibt die Stadt Mannheim seit Juni 2016 eine "Willkommensschule". Es handelt sich um ein von ehrenamtlicher Arbeit getragenes tagesstrukturierendes Angebot für Kinder und Jugendliche im Alter von 6-15, bei dem vor allem Spracherwerb und Wertevermittlung im Vordergrund stehen.

Kinderbetreuung in den Erstaufnahmeeinrichtungen

Jede Erstaufnahmeeinrichtung bietet ihren Bewohnern ein eigenes Kinderbetreuungsangebot an. Darüber hinaus gibt es von ehrenamtlicher Seite vielfältige Angebote, die sich speziell an Kinder und Jugendliche richten.